

Jenseits des Kapitalismus: Zukunft im Zeichen der Krise - Workshop an der Bergischen Universität Wuppertal, 4.-6. Februar 2016

Malowitz, Karsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Malowitz, K. (2016). Jenseits des Kapitalismus: Zukunft im Zeichen der Krise - Workshop an der Bergischen Universität Wuppertal, 4.-6. Februar 2016. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-82147-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Karsten Malowitz | Veranstaltungsbericht | 11.04.2016

Jenseits des Kapitalismus. Zukunft im Zeichen der Krise

Workshop an der Bergischen Universität Wuppertal, 4. – 6. Februar 2016

I.

Seit die Banken- und Finanzkrise die Weltwirtschaft in eine Phase anhaltender Stagnation stürzte, hat Kapitalismuskritik wieder Konjunktur. Waren es in den 1990er- und 2000er-Jahren nur wenige Rufer in der Wüste, die das Ende des Kapitalismus verkündeten,¹ so überschlugen sich im (populär-)sozialwissenschaftlichen Diskurs mittlerweile die Stimmen derjenigen, die unverhohlen die Systemfrage stellen,² sofern sie den Kapitalismus nicht gleich ganz und gar für erledigt halten.³ Dabei sind die globalen Probleme, von denen die selbsternannten Auguren und Propheten annehmen, dass sie das Schicksal des Kapitalismus alsbald besiegeln werden, im Gegensatz zu früheren Zeiten keineswegs mehr nur ökonomischer Natur. So sind es neben der schwächelnden Weltkonjunktur vor allem die sozialen Verwerfungen und ökologischen Folgeschäden, die als Symptome der Krankheit zum Tode des ungeliebten Patienten gedeutet werden.

Ganz im Trend dieser jüngeren Entwicklungen auf dem akademischen Markt fand an der Bergischen Universität Wuppertal vom 4. bis zum 6. Februar 2016 eine internationale Tagung statt, die bereits mit ihrem Titel „Jenseits des Kapitalismus“ den Anspruch erhob, über die Gegenwart hinaus zu denken und nach der „Zukunft der Kritik im Zeichen der Krise“ zu fragen. Eröffnet wurde die ungeachtet der kurzfristigen Absagen von NANCY FRASER (New York), HANS-CHRISTOPH BINSWANGER (St. Gallen) und dem als Diskutanten geladenen JÜRGEN HABERMAS (Starnberg) namhaft besetzte Veranstaltung, zu der sich rund achtzig Zuhörerinnen und Zuhörer in den schönen Räumen des Gästehauses der Universität Wuppertal eingefunden hatten, durch deren umtriebigen Rektor LAMBERT T. KOCH (Wuppertal). Als mit der Materie des Kapitalismus bestens vertrauter Wirtschaftswissenschaftler begnügte sich Koch in seinem knappen Einleitungsvortrag nicht mit den üblichen Freundlichkeiten, sondern machte sich sogleich daran, den Problemhintergrund der Tagung zu skizzieren und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Reihe von Hinweisen für geeignete Diskussionsschwerpunkte mit auf den Weg zu geben. Die Liste der von Koch angeregten Vorschläge reichte von der Einbeziehung historischer Sozialexperimente und die Befragung von Protagonisten eines ökonomischen

Umdenkens über die Berücksichtigung der Rolle von Recht und Moral als Mitteln der Verregelung des Kapitalismus bis hin zur Auseinandersetzung mit den Problemen der Beschleunigung und Komplexitätssteigerung.

Kluger Rat kam auch von GERRIT WALTHER (Wuppertal), seines Zeichens Dekan der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften, der in seinem Grußwort zunächst an George Bernard Shaws Bonmot erinnerte, dem zufolge jeder, der den Kapitalismus abschaffen und überwinden wolle, ihn zuvor erst einmal verstehen müsse. Anschließend konkretisierte Walther den eher allgemeinen Hinweis auf die Erklärungsbedürftigkeit des Kapitalismus, indem er die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf den von Jürgen Kuczynski schon vor Jahren konstatierten Umstand lenkte, dass insbesondere die Probleme des Übergangs und der Transformation von der kapitalismuskritischen Forschung bislang nur unzureichend behandelt worden seien und eben deshalb besonderer Beachtung bedürften.

Indirekt bestätigt wurde die Aktualität von Kuczynskis Befund durch SMAIL RAPIC (Wuppertal), einen der beiden Initiatoren der Tagung, der das Auditorium in seinem einleitenden Statement nicht nur an die Vorgeschichte der gegenwärtigen Krise erinnerte, sondern auch die Tragweite und Dringlichkeit der zu lösenden Probleme hervorhob, die in seinen Augen sowohl das ökonomische System des Kapitalismus als auch das politische System der Demokratie bedrohten. Angesichts von wirtschaftlicher Stagnation und Ressourcenknappheit auf der einen und erstarkender, den Zusammenhalt der EU gefährdender ethno-nationalistischer Tendenzen auf der anderen Seite gab Raptic seiner Überzeugung Ausdruck, dass ein Ausweg aus der bestehenden Krise in der Richtung des von Marx und Engels geäußerten Gedankens einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu suchen sei. Rapics abschließender Hinweis, dem zufolge sich entsprechende Maßnahmen in erster Linie auf Schlüsselindustrien und Großbanken zu erstrecken hätten, war ein erster Fingerzeig, den man nicht zuletzt bei der Stadtparkasse Wuppertal aufmerksam registriert haben dürfte, die zusammen mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Hans-Böckler-Stiftung und der Jackstädt Stiftung zu den Unterstützern der Tagung zählte.

Dermaßen informiert und angenehm klassenkämpferisch eingestimmt war man gespannt auf den Verlauf der ersten, von MARIA BEHRENS (Wuppertal) moderierten Sektion zur „Systemkrise des globalisierten Kapitalismus“, die von WOLFGANG STREECK (Köln), dem zweiten Initiator der Tagung, eröffnet wurde. Der emeritierte Direktor des Max-Planck Instituts für Gesellschaftsforschung Köln, der seit der Veröffentlichung seines Bestsellers

Gekaufte Zeit landauf landab als rastloser One Man Think Tank in Sachen Finanzkrise unterwegs ist,⁴ stellte die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus in den Mittelpunkt seines Vortrags. In kluger, für Emeriti hierzulande ungewöhnlicher Selbstbeschränkung widerstand Streeck der Versuchung, einmal mehr seine eigenen, ebenso prominenten wie bekannten Befunde zu präsentieren. Statt dessen nutzte er die ihm zur Verfügung stehende Zeit, um das Publikum in knapper Form mit den Zukunftsprognosen einer Gruppe renommierter Soziologen zu konfrontieren, die den Kapitalismus mehrheitlich auf eine strukturbedingte Systemkrise mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Folgen zusteuern sehen.⁵ Mit sichtlicher Freude an der Rolle des Apokalyptikers skizzierte Streeck zunächst in groben Strichen die einzelnen, um derart unterschiedliche Ursachen wie mangelnde Profitabilität (Wallerstein), automatisierungsbedingte Massenarbeitslosigkeit (Collins) oder kollektives Elitenversagen (Derluguian) herum entworfenen Krisenszenarien der als Kronzeugen aufgerufenen Soziologen, um sie anschließend in dunklen Farben weiter auszumalen. Das düstere Zukunftsgemälde, das auf diese Weise entstand, nahm sich aus wie eine zeitgenössische Darstellung von Thomas Hobbes' Naturzustand: Ohne handlungsfähiges politisches und ökonomisches Zentrum und deshalb unfähig, die vielen, sich in ihrer Wirkung wechselseitig verstärkenden Dysfunktionalitäten des globalisierten Kapitalismus zu bändigen, steuere die Menschheit auf eine Epoche zu, die durch einen Zusammenbruch funktionierender staatlicher Institutionen und eine zunehmende Brutalisierung sich verschärfender Verteilungskämpfe gekennzeichnet sein werde. Über die Dauer dieser Epoche, die er unter Rekurs auf Antonio Gramscis Konzept des „Interregnum“ als ein Übergangszeitalter zwischen einer alten und einer neuen Ordnung charakterisierte, wollte Streeck, bei aller Lust an der Schwarzseherei, keine Angaben machen, da die Prognosefähigkeit der Soziologie hier an ihre Grenzen stoße. Sicher sei nur, dass der Kapitalismus als geschichtliche Formation nicht nur einen historischen Anfang, sondern auch ein Ende habe, und dass er diesem unaufhaltsam entgegen taumle.

Nachdem Streeck auf diese Weise alle rhetorischen Register gezogen hatte und man sich fragte, was wohl Habermas, wäre er anwesend, dazu gesagt hätte, schlug CLAUS OFFE (Berlin), der sich „Die Dynamik der ‚säkularen Stagnation‘“ zum Thema seines Vortrags auserkoren hatte, etwas leisere Töne an. Offes Überlegungen nahmen ihren Ausgang von dem Widerspruch, dass zwar alle führenden Wirtschaftsnationen zur Lösung der gegenwärtigen Probleme nach wie vor auf eine Strategie des Wachstums setzten, das Versagen aller finanzpolitischen Versuche zur Überwindung der anhaltenden Stagnation der Weltwirtschaft aber Anlass zu massiven Zweifeln am Erfolg dieser Strategie gäbe. Zudem stellten der menschengemachte Klimawandel und die zunehmende Ersetzung von

Arbeit durch Technik ebenso wie das ungebremste Bevölkerungswachstum und der damit einhergehende erhöhte Verbrauch natürlicher Ressourcen strukturelle Probleme dar, die sich der Lösung im Rahmen des Wachstumsparadigmas entzögen. Während die Notwendigkeit eines politischen Umsteuerns offen zutage liege, so Offe, fehle es aber sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene an einflussreichen Akteuren mit dem politischen Willen zur Durchsetzung einschneidender Reformen. Ausgehend von diesem skeptischen Befund fielen Offes politische Handlungsempfehlungen denn auch eher zurückhaltend aus und beschränkten sich – abgesehen vom bekannten Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen – vor allem auf die Forderung nach internationalen Vereinbarungen zum Klimaschutz und nach verstärkten Investitionen in nachhaltige Technologien. Jenseits dessen konzentrierten sich seine Hoffnungen vor allem auf zivilgesellschaftliche Initiativen wie die der *Critical Consumption* oder der *Sharing Economy*, in denen sich veränderte, am Gebrauchs- statt am Tauschwert orientierte Lebensstile und Konsumeinstellungen manifestierten. Bei diesen Initiativen, die sich der fatalen Wachstumslogik des Kapitalismus verweigerten, handele es sich jedoch um heterogene und punktuell ansetzende Formen des Widerstands, nicht um eine homogene Bewegung. In der Frage nach der Mobilisierbarkeit einer solchen Bewegung erblickte Offe eines der wichtigsten Desiderata der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Forschung, der es zwar nicht an Krisentheorien, dafür aber an einer überzeugenden Konflikttheorie fehle.

Stand der Auftakt der Tagung ganz im Zeichen empirisch mehr oder weniger gut gestützter soziologischer Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsszenarien, so setzte die zweite, von STEFAN MÜLLER-DOOHM (Oldenburg) moderierte Sektion zum Thema „Demokratie und Kapitalismus“ demgegenüber einen stärker politiktheoretisch und ideengeschichtlich ausgeprägten Akzent. Die tagungsübliche Mittagsmüdigkeit, die sich in Teilen des Auditoriums breitzumachen drohte, verflog rasch, als MAEVE COOKE (Dublin), deren Gedanken ihrer Artikulation immer wieder vorauseilten, in einem temperamentvollen Vortrag der Frage nachging, ob das von Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* entworfene intersubjektive Freiheitskonzept, dem zufolge „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, zu seiner Verwirklichung auf die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise angewiesen sei. In einer ebenso kritischen wie kenntnisreichen philologischen Auseinandersetzung mit den Theorien von Jürgen Habermas und Axel Honneth verneinte Cooke die Frage und erinnerte alle Parteigänger aus dem Lager der Kapitalismuskritik an die freiheitlichen Potenziale, die den mit der kapitalistischen Produktionsweise verbundenen Institutionen des Rechts und des Marktes innewohnten. Auch wenn es außer Frage stehe, dass das Marktgeschehen mittels

rechtlicher Regulierungen stärker an Aspekten der Gerechtigkeit im Sinne fairer wechselseitiger Bedürfnisbefriedigung zu orientieren sei, bilde das individuelle Recht zur Verfolgung legitimer Einzelinteressen doch eine so wesentliche Voraussetzung eines gehaltvollen intersubjektiven Freiheitsverständnisses, dass es nicht leichtfertig aufgegeben werden dürfe.

Ebenfalls auf der Ebene einer mehr an der Auseinandersetzung mit Texten als mit empirischen Fakten interessierten politischen Theorie, die der viel zu früh verstorbene Politikwissenschaftler Michael Th. Greven einmal treffend als „Politikliteraturwissenschaft“ ironisiert hat, bewegten sich auch die Ausführungen von PETAR BOJANIĆ (Belgrad), in denen es um die Frage nach alternativen Modellen gemeinschaftlicher und gemeinwohlorientierter Produktion jenseits von Unternehmen und Firmen ging. Während die sachliche Relevanz der von Bojanić erörterten Thematik unmittelbar einleuchtete, blieben die inhaltlichen Ausführungen, die sich irritierenderweise nicht an aktuellen Ansätzen, sondern vor allem an Hegels Konzept der Korporation und an der Institutionentheorie Saint-Simons abarbeiteten, eher blass. So vermochte Bojanić, der in seinem Vortrag an Stelle systematischer Erläuterungen oder praktischer Beispiele immer wieder – mehr oder weniger aussagekräftige – Zitate präsentierte, zwar die Notwendigkeit eines neuerlichen Nachdenkens über die alte kapitalismuskritische Forderung nach veränderten, der privaten Verfügungsgewalt der Unternehmer entzogenen Formen des Wirtschaftens plausibel zu machen. Sachliche Anknüpfungspunkte für gegenwartsorientierte theoriegeleitete Analysen oder praktische Reformen ließen seine Ausführungen jedoch nicht erkennen.

Mehr Realitätsbezug hatte da der Vortrag von HAUKE BRUNKHORST (Flensburg), der sich in gewohnt meinungsstarker Art und Weise dem Verfall des öffentlichen Rechts sowie der öffentlichen Meinung widmete und eine Krise des globalen Konstitutionalismus diagnostizierte. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen den beiden Ansätzen des strikt am positiven Recht orientierten *legal formalism* und des stärker an kreativer Interpretation und Fortbildung des Rechts ausgerichteten *legal dynamism* suchte Brunkhorst anhand einer Fülle von Beispielen die These plausibel zu machen, dass das internationale öffentliche Recht in den vergangenen Jahren erheblich an Verbindlichkeit eingebüßt habe. Sowohl das Anwachsen des internationalen Privatrechts als auch die von der Europäischen Union unter Umgehung bestehender vertraglicher Vereinbarungen getroffenen Maßnahmen zur Bewältigung der Banken- und Finanzkrise hätten dazu beigetragen, die internationale Politik zunehmend in eine Angelegenheit von Machteliten zu verwandeln. Gegen diese Informalisierung der Politik, die politisch relevante

Entscheidungen zusammen mit der Kontrolle demokratisch legitimierter Institutionen auch jeder öffentlichen Debatte entziehe und dem Grundsatz der Volkssouveränität Hohn spreche, helfe nur eine Rückbesinnung auf die treibenden Kräfte der Demokratie, nämlich außerparlamentarische Bewegungen und parlamentarische Institutionen. Wenn überhaupt etwas, so Brunkhorsts von viel Skepsis und wenig Hoffnung geleiteter Befund, dann sei nur deren Zusammenspiel in der Lage, der Vorherrschaft des Kapitals Paroli zu bieten und die emanzipatorischen Errungenschaften der Bürger- und Menschenrechte vor ihrer weiteren Aushöhlung zu bewahren.

Einen ganz anders gelagerten Zugang zu der Frage, wie sich die expansive und ausweichlich ihrer Folgeschäden oftmals rücksichtslose Verwertungslogik des Kapitals einhegen lässt, wählte LUTZ WINGERT (Zürich), dessen in systematischer Hinsicht ausgesprochen anregender Vortrag sich mit der Rolle und Bedeutung von Kollektivgütern befasste. Wingert erläuterte zunächst das Konzept der Kollektivgüter, die er als für alle Mitglieder eines Gemeinwesens gleichermaßen nützliche und deshalb vom Schematismus des Kapitalismus abweichende Güter charakterisierte, deren Bereitstellung und Bewahrung jede legitime politische Ordnung garantieren müsse. Während er die Verständigung über Inhalt und Gewichtung der Kollektivgüter demokratischen Aushandlungsprozessen vorbehalten wissen wollte, wies Wingert die Aufgabe ihrer Durchsetzung den staatlichen Institutionen zu. Diese müssten mittels geeigneter rechtlicher Grenzziehungen dafür sorgen, die Gemeinwohlperspektive gegenüber den Eigeninteressen der Marktteilnehmer angemessen zur Geltung zu bringen, und institutionelle Vorkehrungen treffen, die verhindern, dass profitorientiertes Verhalten Einzelner Folgen zeitigt, die zu Lasten der Allgemeinheit gehen. Die praktische Relevanz seines theoretischen Ansatzes illustrierte Wingert sodann anhand einer Fülle konkreter Reformvorschlägen, die von einer Umgestaltung der Rating-Agenturen über Beschränkungen der Kreditvergabepraxis von Großbanken bis hin zu strengeren Auflagen für Produzenten im Umgang mit knappen Ressourcen oder ökologischen Folgeschäden reichten.

II.

Der zweite Tag der von Smail Rasic und seinem Team umsichtig organisierten Veranstaltung begann mit einem Autorengespräch, das große Erwartungen weckte, war doch niemand Geringeres zur Diskussion geladen als der englische Politikwissenschaftler COLIN CROUCH (Warwick), der seit seinem Instant-Klassiker *Postdemokratie*⁶ zu den Ikonen der kapitalismuskritischen Sozialwissenschaft zählt. Als wüsste er um die Erwartungen und wollte sie von vornherein dämpfen, wies Crouch gleich zu Beginn seiner

Ausführungen, die sein neues Buch *Jenseits des Neoliberalismus* zum Gegenstand hatten,⁷ darauf hin, dass die Schrift ihr Entstehen dem an ihn herangetragenen Wunsch verdanke, von ihm statt Kritik einmal etwas Positives und Konstruktives zu hören. Im Anschluss an diese wie eine Relativierung wirkende Vorbemerkung mühte sich Crouch redlich, seiner These von einer notwendigen Koalition der Vernunft zwischen Neoliberalismus und Sozialdemokratie Plausibilität zu verleihen, der er die Herkulesaufgabe zuwies, politische Kompromisse zu schließen, um den seiner Tendenz nach selbstzerstörerischen Kapitalismus rechtlich zu zähmen. Mit Blick auf die politische Durchsetzbarkeit entsprechender Regulierungsmaßnahmen – etwa die Einführung einer zukünftig nicht mehr an die Produktions-, sondern an die Verkaufsstandorte gebundenen Steuer für globale Unternehmen – musste Crouch allerdings zugestehen, dass die Chancen dafür angesichts der Schwäche der sozialdemokratischen Parteien eher gering zu veranschlagen sein dürften.

REGINA KREIDE (Gießen) fiel es in ihrer im Ton konzilienten, in der Sache aber ausgesprochen kritischen Erwiderung denn auch nicht schwer, Zweifel sowohl an der Wahrscheinlichkeit als auch an der Wünschbarkeit der von Crouch entworfenen Strategie zu streuen. Statt auf die Einsicht der seit Jahren reformunwilligen neoliberalen Eliten und der an der Deregulierung der Märkte alles andere als unschuldigen Sozialdemokraten zu setzen, solle sich die Linke lieber um den Aufbau alternativer Wirtschaftsformen bemühen, die zwar marktwirtschaftlich, aber nicht kapitalistisch organisiert sind, und die zudem die berechtigten Interessen der Menschen in den südlichen Ländern berücksichtigen. Einig waren sich beide nur darin, dass die klassische marxistische Forderung nach einer Überführung von Privat- in Staatseigentum historisch ein für alle Mal erledigt sei.

Konträr zu den bis dahin überwiegend sozialwissenschaftlich ausgerichteten Beiträgen stand der Vortrag von RITA CASALE (Wuppertal), die sich zu Beginn der dritten, von FRIEDERIKE KUSTER (Wuppertal) moderierten Sektion daran machte, das bis dahin brachliegende Feld philosophischer Analyse zu bestellen. Ausgehend von der These der Unzulänglichkeit einer arbeitsteilig verfahrenen Kapitalismuskritik, die sich einerseits um Gesellschaftsdiagnose und andererseits um politische Reformen bemüht, forderte Casale die Besinnung auf eine übergreifende theoretische Perspektive, die neben den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen auch den rechtlichen, moralischen und kulturellen Auswirkungen des Kapitalismus Rechnung trägt. Erst eine solche Perspektive erlaube es, die Frage nach Formen des Zusammenlebens jenseits des Kapitalismus adäquat zu stellen. Radikaldemokratische oder marxistische Ansätze, die den Kampf um die politische Hegemonie oder die Kontrolle über die Produktionsmittel propagieren, griffen zu

kurz, da sie nur nach politischer Herrschaft strebten, ohne den Herrschaftscharakter der Politik selbst in Frage zu stellen. Wer den Kapitalismus überwinden wolle, so Casale, sei gut beraten, an die historischen Erfahrungen derjenigen anzuknüpfen, die aufgrund ihrer strukturellen Nichtzugehörigkeit und dem daraus resultierenden Anspruch auf Teilhabe Verschiebungen und Veränderungen im Institutionensystem der bürgerlichen Gesellschaft hervorgebracht hätten, namentlich die Gruppen der Juden, der Flüchtlinge, der Frauen und der Arbeiter. Insbesondere das „erfolgreiche Scheitern“ der Arbeiter- und Frauenbewegung, die ihre Integration in die bürgerliche Gesellschaft jeweils mit der Anpassung an deren Normensystem bezahlt hätten, habe gezeigt, dass nicht Emanzipation, verstanden als rechtliche Gleichstellung innerhalb der bestehenden Ordnung, sondern Befreiung, im Sinne einer radikalen Neuordnung der Formen des Lebens und Wirtschaftens, das Ziel gesellschaftsverändernder Theorie und Praxis sein müsse.

Einen zumindest aus Sicht von Casale eher traditionellen Zugang zur Emanzipationsproblematik wählte SMAIL RAPIC (Wuppertal), dessen philologisch versierter Vortrag dem Verhältnis von Recht, Staat und Kapital als Gegenstand der Theoriebildung im Historischen Materialismus sowie bei Weber und Parsons nachspürte. Unter weitgehendem Verzicht auf empirische Bezüge verwandte Raptic zunächst viel Zeit und Sorgfalt darauf, noch einmal die Argumente zu rekonstruieren, die gegen die sowohl von Marx und Lukács als auch von Horkheimer und Adorno vertretene reduktionistische Auffassung von Recht und Staat als reinen Instrumenten der Klassenherrschaft sprechen. Gestützt auf Engels und Habermas, die ihm als bevorzugte Gewährsleute dienten, suchte er zu zeigen, warum nicht nur das seinem Geltungsanspruch nach alle Individuen als prinzipiell Gleiche achtende bürgerliche Recht einen normativen Fortschritt darstelle, sondern weshalb auch der moderne Staat zur Legitimation seines Herrschaftsanspruchs nicht umhinkomme, sich zum Sachwalter allgemeiner, den Klassenstandpunkt des Kapitals transzendierender Interessen zu machen. Ausgehend von diesen Überlegungen wagte Raptic am Ende seiner Ausführungen dann den Sprung in die Gegenwart und konstatierte, dass der Gegensatz von Kapitalismus und Demokratie in der aktuellen Situation, in der die Widersprüche und Folgeschäden der kapitalistischen Produktionsweise systemgefährdende Ausmaße angenommen hätten, unübersehbar geworden sei. Der Staat in seiner Funktion als Garant der Systemstabilität habe nur noch die Wahl, entweder die Demokratie preiszugeben, oder die wirtschaftliche Verfügungsmacht der multinationalen Konzerne zu brechen und sie unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen. Dass Raptic angesichts dieser Alternative leidenschaftlich für die zweite Option votierte, war nicht verwunderlich. Überrascht war man allerdings von seinem Eingeständnis, dass er sich die Verwirklichung dieser Option vor allem von den administrativen Eliten erhoffte, jenen Eliten also, denen

Brunkhorst tags zuvor attestiert hatte, seit dem Ausbruch der Finanzkrise auf inter- wie auch transnationaler Ebene ohne Unterlass an der Aushöhlung demokratischer Institutionen und Verfahren zu arbeiten.

In der letzten, wiederum von FRIEDERIKE KUSTER (Wuppertal) moderierten Sektion des Tages war es CINZIA ARRUZZA (New York) vorbehalten, eine Kritik des Kapitalismus aus gendertheoretischer Perspektive zu formulieren. In den Mittelpunkt ihres engagierten Vortrags, der die Abwesenheit Nancy Frasers vergessen ließ, stellte Arruzza die Frage nach dem emanzipatorischen Gehalt des Kapitalismus für Frauen und Angehörige sexueller Minderheiten. Ihre Antwort auf diese Frage fiel ambivalent aus. Zwar habe der Kapitalismus in den westlichen Gesellschaften Emanzipationsgewinne für die betreffenden Gruppen hervorgebracht, indem er den technischen Fortschritt begünstigte und die Zerstörung traditionaler Normen und Geschlechterrollen beschleunigte. Doch verdankten sich die Zugewinne an persönlichen Freiheitsspielräumen und beruflichen Perspektiven, die seit den 1970er-Jahren erzielt wurden, nicht der kapitalistischen Produktionsweise als solcher, sondern den hartnäckigen politischen Kämpfen der betreffenden Gruppierungen. Dass ökonomischer und rechtlicher Fortschritt keineswegs Hand in Hand gehen müssen, sondern große Diskrepanzen aufweisen können, zeige ein Blick in Länder wie Indien, wo kapitalistische Produktionsverhältnisse und traditionale, von Gewalt und Unterdrückung gekennzeichnete soziale Reproduktionsverhältnisse nebeneinander existierten. Ihre zentrale These, der zufolge der seinem Wesen nach an Profitmaximierung und nicht an Bedürfnisbefriedigung orientierte Kapitalismus ein Janusgesicht trägt, suchte Arruzza auch im zweiten Teil ihres Vortrags zu verdeutlichen, in dem es um systemimmanente Formen der Diskriminierung ging, wie sie sich auch und gerade in den posttraditionalen Gesellschaften des Westens beobachten ließen. Als Beispiel verwies sie auf die kapitalistische Ausbeutung der sexuellen Revolution, in deren Folge neben neuen Produkten und Konsumgewohnheiten auch neue sexuelle Identitäten entstanden seien, die sich allerdings weniger den authentischen Wünschen der Menschen als den Verwertungsinteressen des Kapitals verdankten. So gebe es zwar mittlerweile viele differenzierte Märkte für Menschen mit den unterschiedlichsten sexuellen Identitäten und Vorlieben, doch trügen diese vor allem dazu bei, bestehende soziale Ungleichheiten weiter zu reproduzieren. Eingespannt in die Verwertungsinteressen des Kapitals hätten die Kämpfe um sexuelle Selbstbestimmung bislang nicht die erhoffte Befreiung, sondern nur deren Illusion hervorgebracht.

III.

War es in den ersten beiden Tagen vor allem um die Analyse und Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus und die Frage nach Möglichkeiten seiner rechtlichen und politischen Einhegung gegangen, so stand der dritte Tag ganz im Zeichen der Suche nach Reformansätzen und möglichen systemischen Alternativen. Eröffnet wurde die fünfte und letzte Sektion mit einem Text von HANS-CHRISTOPH BINSWANGER (St. Gallen), der in Abwesenheit des erkrankten Autors von Moderator UWE SCHNEIDEWIND (Wuppertal) verlesen wurde. Binswangers Überlegungen nahmen ihren Ausgang von der These, dass der jahrzehntelang funktionierende und Wohlstand generierende Zusammenhang von Geldschöpfung und realer Wertschöpfung unter den Bedingungen des globalen Finanzkapitalismus dysfunktional geworden sei und reformiert werden müsse, wenn ein sowohl ökonomisch notwendiges als auch sozial und ökologisch vertretbares Wirtschaftswachstum weiter erhalten bleiben soll. Zur Verwirklichung dieses Ziels wartete der Vortrag mit vielen konkreten Vorschlägen auf, die von der Einführung eines nur für den Konsum regionaler Produkte verwendbaren Regionalgeldes über eine Neuregelung des Verhältnisses von Zentralbanken und Geschäftsbanken bis hin zur Reformierung des Unternehmens- und Aktienrechts reichten. Der gemeinsame Nenner der angeregten Maßnahmen bestand dabei in der Absicht, „geldpolitische Globalisierungsbremsen“ in das Wirtschaftssystem einzubauen, um so die Spielräume des spekulativen, an kurzfristigen Gewinnmaximierungen interessierten Finanzkapitalismus' zu beschränken und stärkere Anreize für langfristig rentable realwirtschaftliche Investitionen zu schaffen.

Vom glatten Parkett des internationalen Finanzkapitalismus ins Dickicht der südamerikanischen Politik entführte der Vortrag von PETER IMBUSCH (Wuppertal), der sich der Frage widmete, ob der von den linkspopulistischen Regierungen in Bolivien, Ecuador und Venezuela propagierte „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ eine Herausforderung für den globalen Kapitalismus darstellt. Nach einleitenden Bemerkungen zur Geschichte und Bedeutung des Sozialismus in Lateinamerika unterzog Imbusch die drei Länder einem systematischen Vergleich, wobei er sowohl auf Gemeinsamkeiten in den Regierungsformen und im Politikstil sowie auf Unterschiede zwischen den sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, den politischen Diskursen und den sozialen Trägerschichten der jeweiligen Regime einging. Die Befunde, die Imbusch als Ergebnis seiner vergleichenden Analyse präsentierte, waren ebenso interessant wie ernüchternd und zeigten die Haltlosigkeit der sozialromantischen Vorstellungen, die Teile der europäischen Linken mit den als Sozialismus etikettierten politischen Experimenten in Lateinamerika nach wie vor verbinden. Zwar verfügten die Regierungen von Evo Morales (Bolivien), Rafael Corea (Ecuador) und Hugo Chavez beziehungsweise Nicolás Maduro (Venezuela) jeweils über relativ breiten Rückhalt in der Bevölkerung und könnten auch

sozialpolitische Erfolge vorweisen, doch klafften zwischen Theorie und Praxis nach wie vor erhebliche Lücken. Verantwortlich dafür seien neben den allgegenwärtigen Übeln Korruption und Klientelismus vor allem eine Schwächung der demokratischen Institutionen und eine neo-extraktivistische, auf die Ausbeutung von Rohstoffen setzende Wirtschaftspolitik, die nicht nur dem Prinzip der Nachhaltigkeit zuwiderlaufe, sondern auch die Exportabhängigkeit der Länder erhöhe. Hinter dem Label „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, so Imbuschs abschließender Befund, verberge sich vor allem ein diffuses, der Legitimationsbeschaffung dienendes Programm, das zwar erfolgreich zur Repolitisierung der sozialen Verhältnisse in Lateinamerika beigetragen habe, das aber keine ernstzunehmende politische Alternative darstelle.

Zum Abschluss der Tagung präsentierte schließlich THOMAS HEBERER (Duisburg-Essen) Ergebnisse aus Feldforschungen zur Interaktion zwischen lokalen Regierungen und privaten Unternehmen, die er in den zurückliegenden Jahren in China unternommen hatte. In seinem anschaulichen Vortrag arbeitete Heberer die Besonderheiten des chinesischen Modells heraus, das er als eine etatistische Marktgesellschaft beschrieb, in der eine politisch weitgehend autonome Führung und eine starke staatliche Bürokratie planend und regulierend in die Wirtschaft eingriffen, um sowohl privatwirtschaftliche Unternehmungen als auch lokale Experimente mit unterschiedlichen Entwicklungsmodellen zu fördern. Während Heberer über etliche dieser regional verschiedenen Entwicklungsmodelle aus eigener Anschauung viel Interessantes zu erzählen hatte, fielen seine Bemerkungen zu den politischen Rahmenbedingungen des chinesischen Modells vergleichsweise spärlich aus. Die naheliegende Frage, ob die repressive Politik des Regimes, dem Heberer neben einem Interesse an Stabilität auch ein Bemühen um Output-Legitimität attestierte, nicht eine konstitutive Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas darstellt, wurde von ihm jedenfalls nicht näher erörtert. Dass auch die im Auditorium trotz so mancher vorzeitigen Abreise immer noch zahlreich versammelten Kapitalismuskritiker sie nicht stellten, mag daran gelegen haben, dass Heberer das Modell China ohnehin nicht zur Nachahmung empfahl, da es einen durch spezifische Bedingungen gekennzeichneten Sonderfall darstelle, der sich nicht als Blaupause für andere Länder eigne.

Die Redebeiträge zur Abschlussdiskussion, die sich im Lichte der vorangegangenen Tagung vor allem mit der Rolle der Sozialwissenschaften und der Suche nach zukünftigen Anknüpfungspunkten kapitalismuskritischer Forschung auseinandersetzten, ließen schließlich eine Reihe interessanter Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den TeilnehmerInnen erkennen: Weitgehende Einigkeit herrschte über den von Wolfgang Streeck auf den Begriff des „Interregnum“ gebrachten Befund, dem zufolge die

gegenwärtige Krise des Kapitalismus nicht nur eine vorübergehende Schwächephase darstellt, sondern den Beginn eines globalen Transformationsprozesses markiert, der tiefgreifende politische, ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen wird. Einig war man sich auch darin, dass die Sozialwissenschaften aufgerufen sind, diesen Transformationsprozess sowohl zu beschreiben als auch konstruktive Vorschläge für alternative Verfahren und Institutionen des Regierens und Wirtschaftens zu entwickeln, die geeignet sind, dem ungehemmten Profitstreben des spekulativen Finanzkapitalismus und dem exzessiven Ressourcenverbrauch Grenzen zu setzen. Jenseits dieser recht allgemeinen Befunde aber gingen die Meinungen teilweise deutlich auseinander. Über die Frage, ob sich der für notwendig erachtete Primat des Politischen am besten über eine Stärkung nationaler oder supranationaler Institutionen wiederherstellen lasse, war man ebenso uneins wie darüber, ob die politische Zielperspektive eher in einer Reform oder in einer Abkehr von den Grundsätzen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem ihr eingeschriebenen Wachstumsimperativ zu suchen sei. Und auch in der Frage nach der Notwendigkeit einer entschiedeneren Politisierung der (sozial-)wissenschaftlichen Arbeit waren die Meinungen geteilt.

IV.

Als interessierter Beobachter, der das Für und Wider der vorgebrachten Argumente auf sich wirken ließ, konnte man sich zum Abschluss der dreitägigen Veranstaltung jedenfalls nur schwer des Gefühls erwehren, dass die versammelten Expertinnen und Experten angesichts der von ihnen diagnostizierten Systemkrise zwar keine Anzeichen von Sprachlosigkeit, aber doch von Ratlosigkeit zeigten. So meinte man, neben der mit Händen zu greifenden Verärgerung über eine zunehmend als beratungsresistent und handlungsunwillig wahrgenommene politische Klasse doch auch eine gewisse Verunsicherung aus den Beiträgen herausgehört zu haben. Indirekt bestätigt wurde dieser Eindruck durch den Umstand, dass die Tagung zwar keinen Mangel an hellsichtigen Problemanalysen des Kapitalismus, dafür aber an konstruktiven Vorschlägen zur Auslotung und Umsetzung gesellschaftlicher Alternativen hatte erkennen lassen. Jenseits des Kapitalismus, also dort, wo die Altvorderen das gelobte Land des Sozialismus vermutet hatten, erstreckte sich für die Anwesenden nur eine *terra incognita*, die zu erkunden sie nur vereinzelt bereit und theoretisch gerüstet waren. Fast hatte es den Anschein, als ob die versammelten Kritikerinnen und Kritiker des Kapitalismus sich mittlerweile so sehr an dessen Existenz gewöhnt haben, dass sie sich ein Leben ohne ihn kaum noch vorstellen können.

Sollte es den Initiatoren der Tagung Ernst sein mit ihrer von Smail Ropic geäußerten Absicht, sich der Politik in der gegenwärtigen Systemkrise mit weiteren, thematisch ähnlich gelagerten Veranstaltungen als Dialogpartner anzubieten, dann dürften sie gut daran tun, neben Vertreterinnen und Vertretern aus Philosophie und Sozialwissenschaften zukünftig auch verstärkt Angehörige anderer Disziplinen sowie zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten zur Diskussion zu bitten. Eine akademische Kapitalismuskritik, die auf empirische Befunde und interdisziplinären Input von außen weitgehend verzichtet, dürfte jedenfalls nur schwerlich in der Lage sein, die „institutionelle Phantasie“ (Habermas) aufzubringen, die es braucht, um praxisrelevante, das heißt policyfähige Konzepte zur Lösung der von Jürgen Kuczynski konstatierten Probleme des Übergangs zu entwickeln, auf die Gerrit Walther in seinem Grußwort hingewiesen hatte. Einstweilen lebt der Kapitalismus noch. Angesichts der vielen offenen Fragen und eingedenk der düsteren Zukunftsprognosen ist man beinahe geneigt zu hoffen, dass das noch lange so bleibt.

Konferenzübersicht:

Lambert T. Koch (Wuppertal), Eröffnung

Gerrit Walther (Wuppertal), Grußwort

Smail Ropic (Wuppertal), Einführung: Jenseits des Kapitalismus – utopische Hoffnung oder realistisches Szenario?

1: Die Systemkrise des globalisierten Kapitalismus

Moderation: Maria Behrens (Oldenburg)

Wolfgang Streeck (Köln), The Short Future of Capitalist Society

Claus Offe (Berlin), Die Dynamik der „säkularen Stagnation“

2: Demokratie und Kapitalismus

Moderation: Stefan Müller-Doohm (Oldenburg)

Maeve Cook (Dublin), The Free Development of Each is the Condition for the Free Development of All

Petar Bojani

(Belgrad), How to be Together Beyond Corporations and Firms: „We“ at the End of Capitalism

Hauke Brunkhorst (Flensburg), Democracy Under Siege – Decay of Constitutionalism and the Crisis of Public Law and Public Opinion

Lutz Wingert (Zürich), Kollektivgüter jenseits des Kapitalismus?

3: Author meets Discussant(s)

Moderation: Wolfgang Streeck (Köln)

Colin Crouch (Warwick), Making Capitalism Fit for Society

Regina Kreide (Gießen): Response

4: Wie aktuell ist der westliche Marxismus?

Moderation: Friederike Kuster (Wuppertal)

Rita Casale (Wuppertal), Die Heimatlosen der bürgerlichen Moderne

Smail Rasic (Wuppertal), Weltgeschichtliche Rationalisierung und kapitalistische Expansion im Historischen Materialismus und bei Weber und Parsons

5: The Critique of Capitalism and Gender Theory

Moderation: Friederike Kuster (Wuppertal)

Cinzia Arruzza (New York), Gender and Sexuality. Within and Beyond Capitalism

6: Systemische Alternativen zum gegenwärtigen Kapitalismus?

Moderation: Uwe Schneidewind (Wuppertal)

[Hans-Christoph Binswanger (St. Gallen), Vorwärts zur Mäßigung – Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft]

Peter Imbusch (Wuppertal), Sozialismus des 21. Jahrhunderts – Lateinamerikanische Herausforderungen der kapitalistischen Globalisierung?

Thomas Heberer (Duisburg-Essen), Das „Modell“ China – ein Modell jenseits von Kapitalismus und Sozialismus?

Endnoten

1. Vgl. Elmar Altvater, Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2005.
2. Vgl. u.a. David Graeber, Schulden. Die ersten 5000 Jahre, übers. v. Ursel Schäfer, Stuttgart 2012 (Original: Debt. The First 5000 Years, Brooklyn, NY 2011); Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, übers. v. Ilse Utz u. Stefan Lorenzer, München 2014 (Original: Le capital au XXI^e siècle, Paris 2013); Naomi Klein, Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima, übers. v. Christa Prummer-Lehmair, Frankfurt am Main 2015 (Original: This Changes Everything. Capitalism vs. the Climate, New York u.a. 2014).
3. Vgl. u.a. Claus Leggewie/Harald Welzer, Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt am Main 2009; Paul Mattick, Business as Usual. Krise und Scheitern des Kapitalismus, übers. v. Felix Kurz, Hamburg 2012 (Original: Business as Usual. The Economic Crisis and the Failure of Capitalism, London 2011); Slavoj Žižek, Ärger im Paradies. Vom Ende der Geschichte zum Ende des Kapitalismus, übers. v. Karen Genschow, Frankfurt am Main 2015 (Original: Trouble in Paradise. From the End of History to the End of Capitalism, London u.a. 2014); Paul Mason, Postkapitalismus. Umriss einer kommenden Ökonomie, übers. v. Stephan Gebauer, Frankfurt am Main 2016 (Original: PostCapitalism. A Guide to Our Future, London u.a. 2015).
4. Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.
5. Vgl. Immanuel Wallerstein et al., Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert, übers. v. Thomas Laugstien, Frankfurt am Main/New York 2013 (Original: Does Capitalism Have a Future? Oxford u.a.).
6. Colin Crouch, Postdemokratie, übers. v. Nikolaus Gramm, Frankfurt am Main 2008 (Original: Postdemocrazia, übers. v. Cristiana Paternò, Rom 2003).
7. Colin Crouch, Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit, übers. v. Georg Brauer, hg. v. Peter Engelmann, Wien 2013 (Original: Making Capitalism Fit for Society, Cambridge u.a. 2013).

Karsten Malowitz

Karsten Malowitz, Politik- und Sozialwissenschaftler, arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung als Redakteur der Zeitschrift Mittelweg 36 und des Internetportals Soziopolis.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Martin Bauer.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/jenseits-des-kapitalismus-zukunft-im-zeichen-der-krise.html>